



Stärkung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit im Bereich der sozialen Stadtentwicklung und Darlegung des Konzepts Aktionsräume Plus

Statement im Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr des Berliner Abgeordnetenhauses am 19.4. 2010

Prof. Dr. Simon Güntner, HAW Hamburg

1. Generelle Einschätzung der Politik der sozialen Stadtentwicklung in Berlin

- Seit der Einführung der sozialen Stadtentwicklungspolitik 1998/99 gilt diese weithin als vorbildlich und erfolgreich. Insbesondere werden oftmals hervorgehoben:
 - Das Sozialraum-Monitoring und die damit verbundene Indikatoren-gestützte Gebiets- und Instrumentenwahl
 - Das zunächst über Aktionsfonds, inzwischen über die Quartiersräte gesicherte hohe Maß an Beteiligung vor Ort
 - Vielzählige kleinteilige innovative Projekte, z.B. im Bereich Zwischennutzungen oder aktuell die Stadteilmütter.
- Trotz der überwiegend positiven Einschätzung bleibt der Quartiersansatz der sozialen Stadtentwicklung im Bereich einer „zweitbesten Lösung“ – Instrumentierung und institutionelle Ausgestaltung zielen nicht primär auf die strukturelle Probleme der Ausgrenzung, insbesondere im Bereich Bildung und Beschäftigung, sondern in erster Linie auf eine Abmilderung der Situation in den benachteiligten Quartieren und der Kontexteffekte.
- Trotz verschiedener Weiterentwicklungen und Bemühungen um die Einbeziehung weiterer Partner und Ressorts sind die diesbezüglichen Erfolge bislang begrenzt.
- Die Quartiersverfahren sind begleitet von hohem bürokratischen Aufwand.

2. Aktionsräume Plus als konsequente Weiterentwicklung der sozialen Stadtentwicklung

- Die Forderung nach größeren Gebietskulissen hat die soziale Stadtentwicklungspolitik von Beginn an begleitet. Sie ermöglicht weiterreichende Maßnahmen und das Erschließen bislang unberücksichtigter Potentiale.
- Die Schwerpunktsetzung im Bereich Bildung ist ein deutliches Signal zur Stärkung des sozialen Kapitals in den Quartieren.

- Die Stärkung der fachübergreifenden Koordination ist angesichts der Schwerpunktsetzung unerlässlich und ermöglicht die Erschließung weiterer Ressourcen sowie Nutzung von Synergien.

3. Grenzen des Ansatzes

- Der Ansatz „Aktionsräume Plus“ stellt die Optimierung einer „zweitbesten Lösung“ dar. Er ersetzt keinen strukturellen sozialpolitischen Ansatz und nachhaltige Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.
- Bislang erscheint die angekündigte Mittelbündelung nicht über die VV Städtebauförderung hinauszugehen. Damit bleibt der Ansatz hinter den hohen Erwartungen zurück.
- Eine Beteiligung der relevanten Ressorts auf Augenhöhe ist zumindest von außen nicht zu beobachten. Dies wäre gegeben, wenn z.B. auch in den entsprechenden Haushalten sichtbare Zeichen zur Förderung der Aktionsräume gesetzt würden.
- Der Zuschnitt der Aktionsräume ist ambivalent: Es bestehen „Zwischenräume“, für die bislang noch unklar ist, wie sie von der Förderung profitieren. Es ist klar, daß sich Gebiete dieser Größe nicht einheitlich entwickeln werden, entsprechend legt die Herausbildung von Schwerpunkten nahe. Es ist jedoch offen, ob und wie dies geschieht, und welche Rolle dabei den Quartiersmanagements und Quartiersräten zukommen wird.
- Die Einrichtung der Aktionsräume verlief im „Hau Ruck“-Verfahren, den Planungsbüros blieben knapp 2 Monate zur Erstellung der INSEKs, eine breite öffentliche Diskussion blieb aus. Damit wurde eine Chance zu einer breiten Motivierung und Legitimierung der neuen Verfahren vertan, was in gewisser Weise an die Einführung der QMs 1998/99 erinnert und an den damaligen Unmut verschiedener Akteure.

4. Stärkung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit für eine solidarische Stadt

- Zur Erzielung einer Ressortkoordination auf Augenhöhe, die sich auch in den Haushalten der Fachressorts niederschlägt, sollte die Strategie beim Regierenden Bürgermeister unter Beteiligung der relevanten Ressorts und Bezirke koordiniert werden, begleitet von einem öffentlichen Diskurs – stadtweit sowie in den Gebieten. Das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung 2010 könnte hierfür einen Rahmen bieten.
- Um eine Signalwirkung zu entfalten, dass es dem Senat mit dem gesamtstädtischen Wertausgleich und der ressortübergreifenden Solidarität ernst ist, sollten in den Gebieten tiefgreifende strukturelle und nicht nur zusätzliche Maßnahmen umgesetzt werden, dies könnten z.B. sein: halbierte Klassengröße in den Schulen in den Aktionsräumen, kostenfreie Verpflegung und Zugang zu Bildung, Sport und Kultur für Kinder und Jugendliche etc.
- Im Sinne einer gesamtstädtischen Solidarität könnte das Prinzip der Aktionsräume genutzt werden, um Mittel auch anderer relevanter Ressorts, und insbesondere alle einschlägigen

Sondermittel (EFRE, ESF) zu bündeln (Prinzip der positiven Diskriminierung, wie es in anderen Städten bzgl. EFRE/ESF durchaus schon praktiziert wird)

- Zudem sollte flankierend ein stadtweiter und ressortübergreifender Ansatz zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung, sowie zur Integration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund eingeführt werden. Gerade im Bereich Integration gilt Berlin zwar weithin ebenfalls als innovativ (Integrationskonzept, Kampagne „Berlin braucht Dich“), aber die Zusammenarbeit mit dem Bereich Stadtentwicklung scheint, zumindest von außen, durchaus verbesserbar. Ansatzpunkte sind u.a. Stadtteilzentren, Sozialraum-Orientierung, Abstimmung der Zuwendungstöpfe.
- Weiterhin sollte sich Berlin gegenüber Bund und EU für entsprechende Programme einsetzen, über die Städtebauförderung hinaus, insbesondere mit Blick auf den neuen Zuschnitt des EU-Haushalts nach 2013 und die Architektur der Strategie EU 2020 (neue Betonung von sozialer Eingliederung und Armutsbekämpfung).

Kontakt:

Prof. Dr. Simon Güntner
Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg
Fakultät Wirtschaft und Soziales
Sozialwissenschaften
Alexanderstr. 1
20099 Hamburg
Tel. 040 42875 7086
email: simon.guentner@haw-hamburg.de